

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/176

Bonn, den 15. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |  | Zeilen |
|-------|--|--------|
| 1     | <u>"Der Minister wird zugedeckt"</u><br>Dr. Erich Mende und die innerdeutschen Probleme  | 43     |
| 2     | <u>"Wahlkämpfer"</u><br>Am Rande der Kommunalwahlen in NRW   | 51     |
| 3     | <u>Es steht schlecht um die Schlichtung</u><br>Regierung lehnt Einrichtung von Schlichtungsteilen<br>für Mietstreitigkeiten ab<br>Von Reinhard Scheele     | 43     |
| 4     | <u>WEISSER PLAN für Schleswig-Holstein</u><br>SPD: Fremdenverkehr muss ausgebaut werden  | 47     |
| 5     | <u>"Völlige Übereinstimmung" mit drei Fragezeichen</u><br>Bilanz der zweiten arabischen Gipfelkonferenz in Alexandria<br>Von Fred Zänker, z.Zt. Alexandria | 43     |
| 6 - 7 | <u>Ost-West-Gegensatz abgeschwächt?</u><br>Rückblick auf die Tagung der Interparlamentarischen Union<br>in Kopenhagen<br>Von Dr. Eilmar Hubert, MdB        | 83     |

"Der Minister wird zugedeckt"

Dr. Erich Mende und die Koordinierung der innerdeutschen Probleme

sp - Am 28. August 1964 forderte der FDP-Vorsitzende, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler Dr. Erich Mende in einer Pressekonferenz, alle die innerdeutschen Probleme betreffenden Angelegenheiten sollten unter der Federführung seines Ministeriums koordiniert werden. Die Antwort der Bundesregierung war negativ. Es hiess, der Bundeskanzler wolle sich die Koordinierung selbst vorbehalten und selbst wichtige Entscheidungen treffen. Ausserdem wurde erklärt, man werde dafür Sorge tragen, dass der Minister für Gesamtdeutsche Fragen laufend unterrichtet werde, wenn innerdeutsche Probleme zur Behandlung anstünden.

Wir sind gewiss nicht dazu berufen, Herrn Mende gegenüber der Bundesregierung und seinen Koalitionspartnern in Schutz zu nehmen. Uns geht es jedoch um die Sache. Wir meinen, die Antwort, die Herr Mende bisher erhalten hat, ist ungenügend. Sie entspricht keineswegs den Aufgaben des Gesamtdeutschen Ministeriums, das ja viel mehr sein soll, als eine Propagandazentrale gegen den Kommunismus oder eine Verwaltungsstelle zur Kenntnisnahme von Vorgängen, die a n d e r e Ministerien bearbeiten.

- \* Inzwischen haben wir erfahren, dass man sich in einigen Bundesministerien auf der Ebene der Ministerialbürokratie vorgenommen hat,
- \* den Minister für Gesamtdeutsche Fragen mit so vielen Mitteilungen
- \* über laufende Vorgänge zu "unterrichten", dass er überhaupt nicht
- \* mehr dazu kommt, irgendeine Entscheidung zu treffen. Man nennt
- \* eine solche Methode in der informellen Aussprache "der Minister wird zugedeckt".

Bei konsequenter Befolgung eines solchen Vorsatzes würde Herr Mende - entsprechend der Formalisierung eines Kabinettsbeschlusses - in zunehmendem Masse darüber "unterrichtet" werden, was einzelne Bundesministerien oder ihre Beauftragten auf innerdeutscher Ebene tun. Nach Tage der Dinge müsste Herr Mende dann eine Fülle von Einzelvorgängen zur Kenntnis nehmen, könnte aber weder ihre Entstehung, noch eine Entscheidung beeinflussen oder herbeiführen. Beschwerden dürfte sich Herr Mende über diese Methode nicht, denn er selbst hat - wie es heisst - im Kabinett der Formalisierung zugestimmt, wonach man ihn in Zukunft mehr als bisher "unterrichtet" werde.

Wir bedauern diese Entwicklung ausserordentlich, weil sie geradezu zur Entmachtung des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen führt. Wenn die Koalitionspartner der FDP, also die CDU/CSU, nicht eben noch bereit sein sollten, eine Änderung des Kabinettsbeschlusses herbeizuführen, durch den praktisch eine tatsächliche Koordinierung der innerdeutschen Probleme ermöglicht wird, bleibt - wir wiederholen es - Ulbricht der lachende Dritte. Im Pankow werden alle innerdeutschen Fragen zentral gesteuert. Es dürfte für die Beauftragten Ulbrichts ein Leichtes sein, die sich oft überschneidenden Aktivitäten bei der Bearbeitung innerdeutscher Probleme auf bundesrepublikanischer Seite zu durchkreuzen.

+ + +

"Wahlkämpfer"  
-----

Am Rande der Kommunalwahlen in NRW

sp - Wer sich zur Zeit die Wahlparolen der CDU in Nordrhein-Westfalen etwas genauer betrachtet, wird sicher zu seiner eigenen Verblüffung feststellen, dass sich die Partei des NRW-Ministerpräsidenten Dr. Meyers so verhält, als sei sie noch nie in der Regierung gewesen. Man schiesst auf die Sozialdemokraten, verkündet von höchster Stelle, was man alles zu tun gedenke, wenn sich die Wähler für die CDU entscheiden und alles treuherzig, nur die bösen sozialdemokratischen Oberbürgermeister in den Städten an Ruhr und Rhein seien daran schuld, dass es noch nicht genügend Krankenhäuser, kein gutes Verkehrsnetz, keine saubere Luft, kein klares Wasser, nicht ausreichend Schulen und Universitäten und vieles andere mehr gebe.

Nun weiss man ja, dass in Wahlkämpfen alles mögliche gesagt wird. Aber die von der CDU diesmal angewandte Methode ist geradezu eine Beleidigung für die Wähler. Diese wissen nämlich sehr gut, wer in Bonn und in Düsseldorf regiert. Sie wissen ganz genau, dass manches an Rhein und Ruhr anders aussehen könnte, wenn die CDU in Bonn und in Düsseldorf - im Bundestag und im Landtag - nicht nur dann in Bewegung geriete, wenn die Sozialdemokratie ihr ein Feuerchen unter die fast bewegungslos gewordenen Sitzflächen macht.

Das schlechte Gewissen der Regierungspartei zeigt sich auch in der Anlage ihrer Wahlparolen. So übernimmt sie als Hauptslogan vieler ihrer Plakate den Titel der Jungsozialistenzeitschrift KLARER KURS. Sie will DIE ZUKUNFT GESTALTEN und bedient sich damit einer Parole, die die Sozialdemokratie schon auf ihrem Münchner Parteitag im Jahre 1955 als Ausdruck ihres Willens geprägt hatte, in der Bundesrepublik endlich eine fortschrittliche Politik im weitesten Sinne des Wortes sicherzustellen.

Auch die Behauptung der CDU, sie blicke in die Zukunft, ist mehr als fragwürdig. Erstens weiss die CDU selbst genau, dass ihr politisches Gestaltungsdefizit jahrelang von dem Adenauer-Slogan KEINE KAMMERRIKTIGKEIT geprägt wurde, und dass sie infolgedessen heute gar nicht "zukünftig" sein kann. Zweitens übernimmt die CDU mit dieser Parole sogar wortgetreu die Plakatschriften der SED aus dem Bundestags-Wahlkampf 1961 und dokumentiert damit ebenfalls, dass sie hinter der SED herhinkt.

Ganz "raffiniert" ist die CDU im Bonner Kreistag. Sie verbreitet eine Wählerschrift, in der zunächst richtig gesagt wird, dass die CDU im Bonner Kreistag über die Mehrheit verfügt. Nachdem dies wahrheitsgetreu festgestellt ist, wird auf die zahlreichen Bauten im Bonner Raum hingewiesen, wobei man so tut, als ob die Bautätigkeit in Bonn und Umgebung auf die besondere Tüchtigkeit der CDU-Kreistagsabgeordneten im Bonner Kreistag zurückzuführen ist. Als der Redner in einer CDU-Wahlversammlung im Kreise Bonn kürzlich diese Art von Verdiensten seiner Partei lobend hervorhob, wurde er von einem Veranstaltungsteilnehmer freundlich gefragt, ob er denn noch nichts davon gehört habe, dass die Bautätigkeit im Bonner Raum vornehmlich auf die Ausweitung des Regierungsapparates der provisorischen Bundeshauptstadt zurückzuführen sei, und dass die Wähler überhaupt keine Ursache hätten, dies der Bonner CDU-Kreistagsfraktion anzukreiden. Der Redner fing an zu stottern und zog sich auf eine prächtige Rede zugunsten des Altbundeskanzlers Adenauer zurück.

So kann man auch "Wahlkampf" führen...

## Es steht schlecht um die Schlichtung

Regierung lehnt Einrichtung von Schlichtungsstellen  
für Mietstreitigkeiten ab

Von Reinhard Scheele

Erst vor einigen Tagen hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit einer Kleinen Anfrage die Bundesregierung um Auskunft darüber gebeten, ob sie zur Vermeidung unnötiger Mietprozesse bereit sei, auf die Einrichtung örtlicher Schlichtungsstellen einzuwirken, in denen sich Vertreter von Vermieter- und Mieterorganisationen um eine a u s s e r gerichtliche Einigung bei Mietstreitigkeiten bemühen. Erfreulich schnell hat der Bundesminister der Justiz auf diese Kleine Anfrage geantwortet.

Um es vorwegzunehmen: Die Antwort ist negativ. Als Begründung wird angeführt, dass schon seinerzeit bei den Beratungen zum neuen Miet- und Wohnrecht die Bundestagsmehrheit bzw. die Mehrheit der zuständigen Ausschüsse die Einrichtung von Schlichtungsstellen und auch die Einschaltung einer gerichtlichen Güteverhandlung vor dem streitigen Verfahren abgelehnt hat, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, zumal der Richter ohnehin in jedem Stadium des Verfahrens auf eine gütliche Beilegung hinzuwirken habe. Ausserdem seien dem klagenden oder beklagten Vermieter Kostenfolgen angedroht für den Fall, dass er eine vorherige Aussprache mit dem Mieter unterlassen habe.

Das ist zwar alles richtig, geht aber am Kern der Kleinen Anfrage der SPD vorbei. Nicht um der Verzögerung eines gerichtlichen Verfahrens willen tritt die SPD für die Einrichtung von freiwilligen Schlichtungsstellen ein, sondern um Gerichtsverfahren - wenn möglich - von vornherein zu vermeiden. Die SPD glaubt, mit der Einrichtung der freiwilligen Schlichtungsstelle besonders den prozessual unerfahrenen Vermietern und Mietern entgegenzukommen, die so eine Möglichkeit haben, Differenzen im Rahmen einer freimütigen Aussprache unter sachlicher Beratung zu beseitigen, ohne das Gesicht zu verlieren, soweit das Prestige mit hereinspielt, und ohne gleich das volle Prozessrisiko in Kauf nehmen zu müssen. Das trifft insbesondere für solche Differenzen zu, die für sich allein überhaupt keine Grundlage für eine gerichtliche Auseinandersetzung bieten würden, die aber bei einer Verschleppung oder gar einer Ausweitung sehr leicht dazu führen können.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort erklärt, dass die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Miet- und Wohnrecht nicht ausreichen, um die Entscheidung des Bundestages zu revidieren, und sie deshalb keinen Anlass sieht, auf die Einführung von Schlichtungsstellen hinzuwirken. Wir bedauern diese Entscheidung, haben jedoch die Hoffnung, dass die Bundesregierung ihren Entschluss noch ändern wird, sobald weitere Erfahrungen gesammelt worden sind.

WEISSER PLAN für Schleswig-Holstein

K1 - Die großen Chancen für das Ferien- und Bäderland Schleswig-Holstein müssen nachdrücklicher als bisher genutzt werden. Das ist der Tenor eines Programms zur Förderung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein. Es wurde jetzt unter der Bezeichnung DER WEISSE PLAN von der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion der Öffentlichkeit in Kiel übergeben. Der sozialdemokratische Oppositionsführer K ä b e r und der Landtagsabgeordnete S t o j a h n erläuterten das Programm in der letzten Woche vor den Vertretern des Fremdenverkehrs, des Hotel- und Gaststättengewerbes, der Kammern und der kommunalen Selbstverwaltung.

Schon seit einiger Zeit lag ein Vorstoß in Richtung auf die Förderung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein in der Luft. Die Übernachtungen im nördlichen Bundesland sind, gemessen am Sommerhalbjahr von 1958 mit 7,1 Millionen bis 1963 mit 10,1 Millionen erheblich angestiegen. Dabei zeigte sich, dass die Grenze der Kapazität dann erreicht ist, wenn es nicht gelingt, die Kurzeiten ins Winterhalbjahr auszudehnen und die Kapazität an Betten und guten Pensionen, Heimen, Hotels und Gaststätten zu erweitern.

Die Landesregierung in Kiel hat dieser Entwicklung kaum Rechnung getragen. So sagte Käber, der WEISSE PLAN der SPD wurde notwendig, weil das Kabinett des Ministerpräsidenten Dr. L e m k e (CDU) es unterlassen habe, im EWG-Anpassungsprogramm konkrete Aussagen über den Fremdenverkehr zu machen. Der WEISSE PLAN wurde gleichfalls notwendig, weil im jetzt in der Beratung stehenden Landesetat längst nicht genügend Mittel für die Förderung des Fremdenverkehrs eingesetzt worden sind.

Die Vorstellungen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten sind konkret. Nach ihrer Ansicht müssen wissenschaftliche Gutachten und Forschungsaufträge vorgeschaltet werden. Ein Landesförderungsprogramm für das Hotel- und Gaststättengewerbe sollte sich anschließen. Sonderabschreibungen und Sondervergünstigungen für alle Investitionen in diesen Gewerbe sind notwendig. Das gilt auch für Kredite und Zinszuschüsse, die landwirtschaftlichen Betrieben und Dorfgasthäusern gegeben werden sollen, wenn sie Fremdenbetten zur Verfügung stellen.

Einen Investitionsfondshalten die Sozialdemokraten für die kommunalen Träger für erforderlich, damit zwecks Saisonverlängerung Hallenbäder, Leserräume und ähnliches gebaut werden können. Für die Kinder- und Jugenderholungsheime und allem, was der Stranderholung dient, sollten Kredite zum Zinssatz von zwei Prozent einschliesslich der Nebenkosten gegeben werden.

Darüber hinaus haben die Sozialdemokraten auch bereits angeregt, die an der Vogelfluglinie liegende Ostseeinsel Fehmarn zu einer Ferien- und Kurinsel zu entwickeln. Bei einem Besuch dort informierte sich Käber aus erster Hand und schlug vor, mit der Regionalplanung und einer Gesellschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs, an der das Land beteiligt ist, zu beginnen. Aufbaufinanzierungspläne und Verhinderung von Grundstücksspekulationen auf der Insel müssen folgen. Dann sind Feriendörfer, Kurmittelsanierungen und Jugendpflege zu schaffen. An die Verkehrserschliessung und die Besucherhöhung muss gedacht werden. Das ist auch notwendig, weil in etwa zehn Jahren bereits über die Ostsee von Fehmarn nach Dänemark eine grossartige Brücke geschlagen werden soll.

"Völlige Übereinstimmung" mit drei Fragezeichen

Von Fred Zänker, z.Zt. Alexandria

Die zweite arabische Gipfelkonferenz in Alexandria war eine Strapaze nicht nur für die über 1 000 Journalisten aus aller Welt, sondern ebenso für die 15 Staatsoberhäupter und ihre Delegationen. Die Könige, Militärdiktatoren, Ölscheichs und Volksführer aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Nordafrika veranstalteten wahre Mammut-Sitzungen. Den Journalisten wurde dadurch die Arbeit erschwert, dass man ihnen nur süsse Bonbons servierte, und die Sprecher des Informationsamtes lediglich immer wieder die "völlige Übereinstimmung" in allen Fragen betonten, während tatsächlich die Gegensätze der 15 Delegationen hart aufeinanderprallten.

Dennoch ist man diesmal in Alexandria der Besteigung des noch vor Jahresfrist völlig unbezwingbar erscheinenden Gipfels wieder ein Stück nähergekommen. Unter einem gemeinsamen arabischen Oberbefehl soll es demnächst - in Zeiten der "Gefahr" - möglich sein, Truppen von einem arabischen Staat in einen anderen zu bringen. 50 Millionen Mark werden ausserdem jährlich auf die Dauer von 5 Jahren bereitgestellt, um unter diesem gemeinsamen Oberbefehl an den Grenzen Israels neue Truppen aus Palästina-Flüchtlingskindern aufzustellen. Beschlossen wurde ferner, dem israelischen Jordanwasserprojekt, das eine grosszügige Neulanderschliessung in der Wüste Negev vorsieht, förmlich das Wasser abzugraben.

Eine Menge wichtiger Beschlüsse, die in der Tat den Nahen Osten schon bald an den Rand einer ernststen Krise drängen könnten, gäbe es nicht nach wie vor trotz aller Einheitsbeteuerungen noch zahlreiche strittige Fragen. Auf der Tagesordnung standen sie sowieso nicht, um die Arbeit nicht von vornherein zu gefährden. Aber man hatte gehofft, sie in bilateralen Gesprächen klären zu können. Dennoch hat Saudi-Arabien, das unter Feissals Führung zweifellos stärkeres politisches Gewicht hat als je zu Zeiten Ibn Sauds, das Revolutionsregime in Yemen immer noch nicht anerkannt. Auch zwischen dem VAR-Präsidenten Nasser und dem syrischen Staatsoberhaupt Hafez kam es zu keiner Übereinstimmung, wenn auch die Syrer durch eine kurz vor der Konferenz verkündete politische Generalamnestie für ein besseres Klima in Alexandria sorgen wollten als zur Zeit der ersten arabischen Gipfelkonferenz in Kairo. Wolkenlos sind gegenwärtig lediglich die Beziehungen zwischen Nasser und dem jordanischen König Hussein. Nicht zuletzt dürfte das auf die Mässigung Nassers zurückzuführen sein, der sich heute weniger denn je als das mögliche Oberhaupt eines zukünftigen pararabischen Staates gibt, sondern mit der Rolle eines Primus inter pares zufrieden zu sein scheint. Mehr zu erwarten wäre für ihn auch völlig illusorisch. Ein "Arabien der Vaterländer" mag es vielleicht einmal geben, doch die Träume von pararabischen Grossreichen sind vorläufig ausgeträumt.

So optimistisch das Schlusskommuniqué der Konferenz auch war, das nach einem gemeinsamen Freitagsgebet der Staatsoberhäupter in der Moschee von Sid el-Bisr abgebetet wurde, erst die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob die arabischen Staatsoberhäupter nicht der Devise huldigen werden, der Naher Osten ist gross, Alexandria jedoch weit entfernt...

### Ost-West-Gegensatz abgeschwächt?

Rückblick auf die Tagung der Interparlamentarischen Union  
in Kopenhagen

Von Dr. Elinor Hubert, MdB

Leider fast unbeachtet von der deutschen Presse tagte in Kopenhagen Ende August die Konferenz der Interparlamentarischen Union. Sie war mit 500 Abgeordneten aus 64 Staaten nicht nur die größte Konferenz, die die IPU je erlebt hat, sondern zeigte auch im Ablauf der Diskussionen ein spürbares Abklingen des Ost-West-Gegensatzes, der bei früheren Konferenzen alle Debatten beherrscht hatte. Lediglich bei der Behandlung des Aufnahmeantrages von Südkorea gab es eine lebhaft diskutierte und eine Kampfabstimmung. Die Ostblockstaaten forderten, daß Nordkorea gleichzeitig aufgenommen werde und verlangten von der südkoreanischen Delegation eine Erklärung, daß Südkorea in der IPU nur den Bevölkerungsteil vertritt, der unter der Autorität der Regierung von Seoul steht. Da die Südkoreaner diesen Vorbehalt akzeptierten, wurde auch dieser Zwischenfall bald behoben.

### Bemühungen um Ausgleich der Gegensätze

Im Übrigen war die Atmosphäre der Konferenz von den Bemühen bestimmt, Gegensätze auszugleichen. Wenn man an die ersten Konferenzen nach dem Beitritt der Staaten des Ostblocks mit den heftigen Angriffen gegen den Westen denkt, insbesondere auch die Bundesrepublik, so näherte sich diese Konferenz schon fast der Stimmung, als man im Westen noch unter sich war. Nur der Algerier hielt noch geharnischte Reden gegen die "Imperialisten und Kapitalisten".

Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Peter BLACKSTEIN, in der er darauf hinwies, daß immer wieder der Versuch gemacht werde, das Gleichgewicht der Welt zugunsten des Kommunismus zu verschieben, und daß damit immer wieder der Friede bedroht werde, sowie die Forderung, auch allen Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung zu geben, fand keinen Widerspruch. Dagegen setzten sich die Abgeordneten Austriens und Seylons energisch für die Beseitigung der Mauer in Berlin und Wiedervereinigung Deutschlands ein. Die von dem deutschen SPD-Abgeordneten Ernst PAUL angeregten Besuche einer großen Reihe von Delegationen in Berlin auf dem Wege nach Kopenhagen, hatten einen tiefen Eindruck hinterlassen.

### Sowjets zeigten sich kompromißbereit

Deutlich zu spüren war auch das Bemühen der Russen, in keinem scharfen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu geraten. So bemerkte der russische Delegierte, als er einen polnischen Abänderungsantrag zu der wichtigsten Beschlusfassung der Tagung unterstützte, er beabsichtige sich jedoch vor, auch bei Ablehnung der Abänderung für die gesamte Resolution zu stimmen. Es handelte sich hierbei um die Aufforderung,

eine UNO-Streitmacht aufzustellen, während der polnische Antrag darauf hinauslief, zunächst einmal Untersuchungen über die Möglichkeiten der Aufstellung einer solchen ständigen Streitmacht durchzuführen.

Unter den nationalen Delegationen fiel auf, daß die Delegation der Vereinigten Staaten diesmal nicht so geschlossen war, wie man es sonst gewohnt ist. Bei verschiedenen Abstimmungen fielen sie auseinander, was anscheinend auf Uneinigkeiten unter den Republikanern zurückzuführen war. Der amerikanische Wahlkampf warf seine Schatten auf die Tagung der Interparlamentarischen Union.

In einer sehr freundlich verlaufenden Debatte über den Kampf um bessere Bildungsmöglichkeiten in der Welt vertrat die SPD-Abgeordnete Hedi HELMHAHN den sozialdemokratischen Standpunkt und wies auf unsere Bemühungen hin, den Entwicklungsländern auch in dieser Beziehung Hilfe zu leisten.

#### Afrikaner wollten Tagesordnung "überrollen"

Erst am letzten Tage flammten plötzlich die Leidenschaften auf, als eine Gruppe afrikanischer Staaten überraschend einen Antrag vorlegte, der sich mit der Rassenfrage in Südafrika beschäftigte. Der in letzter Minute eingebrachte Antrag fand nicht die Zweidrittel-Mehrheit, um noch auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Vor allem die Briten, Konservative wie Labour, die den Inhalt des Antrages zwar bejahten, wandten sich gegen die Methode, kurz vor Schluß der Sitzung noch Anträge vorzulegen, die sich mit schon lange bestehenden Problemen befassten. Diesmal ging es um eine wohl von allen Delegationen geteilte Verurteilung der Rassenpolitik der Südafrikanischen Union; in früheren Fällen erlebte man von östlicher Seite Versuche, über die deutsche Frage solche plötzliche Entschlüsse einzubringen, die nur durch britisch-amerikanischen Einspruch gegen die Verletzung parlamentarischer Form verhindert werden konnten.

#### Guter Ausklang

Die spanische Gastfreundschaft und die einer Reihe von Delegationen und Botschaften boten reichlich Gelegenheit zu politischen Gesprächen, bei denen die Trennung zwischen westlicher und östlicher Welt sich verwischte. Von Warschau über Brasilia und Belgrad nach Kopenhagen - die Entwicklung zur Versäglichung der Gegensätze und das Bemühen um Kontakte ist nicht zu übersehen.

Wo immer es ging, sind Kampfabstimmungen vermieden worden, und für die Wahl der nächsten Tagungsorte einigte man sich friedlich durch Festlegung schon auf mehrere Jahre im voraus: auf Kanada im Jahre 1965 folgt 1966 Moskau und 1967 Teheran.

+ + +